

**Gastkommentar.** Um das Selbstbewusstsein und die Selbstrelativierung steht es im Jahr 2021 so schlecht wie noch nie zuvor.

## Was ist Europa, was will Europa?

VON MICHAEL BREISKY

Die EU hat recht, auf der Unabhängigkeit der polnischen Justiz zu bestehen. Der Konflikt mag der falsche Anlass dafür sein, aber ein Diskurs zu Europas Zukunft ist überfällig. Denn ist Europa wirklich nur Spitzenkonsum plus Sozialversicherung? Kulturelle Identität und daraus abgeleitete politische Finalität sind zentrale Fragen, um die sich die EU bisher gedrückt hat. Das hat in taktischen Fragen Kompromisse erleichtert und geholfen, nationale Egoismen zu verschleiern. Unter die Räder kam dabei nicht nur die klare Trennung zwischen gemeinschaftlichen und nationalen bzw. regionalen Zuständigkeiten, sondern vor allem auch die Entwicklung eines belastbaren Selbstverständnisses der EU. Man sollte es besser wissen: Wer bin ich? Was soll ich? Wohin gehe ich? Das sind die Fragen, die seit Jahrtausenden immer wieder neu gestellt werden, sowohl individuell als auch von sozialen Einheiten jeder Größenordnung.

Wie schlecht es um Europas Selbstbewusstsein und Selbstrelativierung steht, wird seit dem Sommer 2021 immer deutlicher: So meinte Christian Ortner damals in der Wiener „Presse“ zur Niederlage des Westens in Afghanistan: „Wer sich selbst verachtet – weil er seine Identität für wertlos hält und kein überzeugendes Sinnstreben verspürt – kann keinen Krieg gewinnen.“ Und tatsächlich, wenn heute ein Muslim die westlichen Medien verfolgt, „wird er zwangsläufig zum Schluss kommen, es hier mit einem desorientierten, dekadenten und selbstbehauptungsunwilligen Haufen zu tun zu haben“, der, wie Ortner fortfährt, „kein Interesse hat, außer sich zu Tode zu amüsieren, seine Komfortzone nicht zu verlassen und sich mit ‚Problemen‘ wie dem Gender Mainstreaming in Afghanistan zu beschäftigen“.

Kurz: Europa und der Westen haben heute zu wenig von dem, was letztlich Gemeinsinn, was kulturelle Resilienz ausmacht:

das entscheidende Mehr an Identität und Sinngefühl, um auch in einer antiwestlichen Umwelt bestehen zu können.

Der Versuch, der EU eine Verfassung zu geben, ist gescheitert, der als Ersatz 2007 beschlossene Vertrag von Lissabon hat vieles davon offengelassen. So blieb die Legislative der EU unterentwickelt, und an ihre Stelle tritt oft der EU-Gerichtshof: Unter dem Druck existenzieller Herausforderungen der EU haben seine Richter im Sinne der „Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker“ Grauzonen der Zuständigkeiten zulasten der Mitgliedsländer zentralistisch und rein materialistisch ausgelegt. Nicht nur, dass diese Praxis kaum als offen und bürgernah gelten kann und seine demokratische Legitimation extrem dürftig ist, gleicht die EU damit einem immer schiefen Turm von Pisa: So werden scheinbar mehr und mehr EU-Zuständigkeiten auf das solide demokratische Fundament der Mitgliedstaaten gelegt – mangels solider Verankerung in den Vorstellungen der Bürger zu Identität und Finalität steht der Schwerpunkt des ganzen Turms nun an der Kippe.

### Starkes christliches Erbe

Für ein positives Selbstbewusstsein braucht es die Selbstrelativierung, die man mit letzten Fragen erwirbt. Auf der Suche nach Antworten wird man in der kulturellen Vielfalt Europas genug tragende Elemente finden, um daraus die notwendige politische Zuversicht zu gewinnen. Ehrliche Sucher werden dabei zwei Dinge entdecken: zum einen die Einsicht, dass Identität und Sinnfindung nicht zentral angeordnet werden können; zum anderen, wie stark Europa noch immer von seinem christlichen Erbe lebt und überlebt.

**Botschafter i. R. Michael Breisky** (\*1940) trat 1967 in den Dienst des Außenamts ein. Kürzlich erschien sein Buch „Mit ‚Austrian Mind‘ über den Tellerrand hinaus“ als Mutmacher zur Coronakrise.

E-Mails an: [debate@diepresse.com](mailto:debate@diepresse.com)

NUR NOCH  
NEUN JAHRE  
ELEND

KUF  
2021



## Geht es dem Menschen gut, geht es Österreich gut

**Agenda 2030.** „Leave no one behind“ ist ein zentraler UN-Grundsatz. Die Realität sieht freilich anders aus – viele Gruppen werden zurückgelassen.

VON MEIKE BUKOWSKI, FRIEDRICH HINTERBERGER, MACIEJ PALUCKI UND ULRIKE PAYERHOFER

Was macht ein gutes Leben aus? Welche Rolle spielt das Verhältnis zwischen Umwelt und Mensch? Und wie können wir Diskriminierung reduzieren? Menschliches Wohlergehen und Befähigung sind fundamentale Voraussetzungen für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wohlergehen basiert auf der Erfüllung von Bedürfnissen – heute und in Zukunft. Dabei sind zwei Dinge zentral: das subjektive Wohlbefinden der Menschen und die Rahmenbedingungen, die zum Wohlergehen beitragen, also Faktoren der Daseinsvorsorge – und wie diese in der Gesellschaft verteilt sind.

Grundvoraussetzung für ein gelungenes Leben ist eine intakte ökologische und soziale Umwelt, die für alle Menschen unabhängig von Geschlecht, sozialer Herkunft,

Bildung, ethnischer Zugehörigkeit, Nicht-/Behinderung, Religion, sexueller Orientierung sowie Staatsbürgerschaft zugänglich ist. All diese sozialen Kategorien sind Platzanweiser in unserer Gesellschaft und eng an Machtverhältnisse geknüpft.

Die Möglichkeit, ein gutes Leben zu führen, soll nicht zur Folge haben, dass andere eingeschränkt werden, auch gut zu leben. Das ist auch im zentralen Leitsatz der Agenda 2030 der UNO formuliert: „Leave no one behind (Niemanden zurücklassen)“. Mit diesem Versprechen haben sich alle Mitgliedstaaten verpflichtet, Armut in all ihren Formen zu beseitigen und Diskriminierung und Ausgrenzung und Verringerung der Ungleichheiten und Schwachstellen zu beenden. Aufgrund der zunehmenden Verschärfung von Ungleichheiten, dies ist in der Covid-Krise noch sicht- und spürbarer geworden, wird die umfassende gesell-

schaftliche Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung immer notwendiger. Folgende Bereiche sind zentral, um den sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft entgegenzuwirken:

► **Vulnerable und marginalisierte Gruppen** sollen mit mehr Rechten und Teilhabemöglichkeiten ausgestattet werden. Damit die Qualität der Demokratie in Österreich besser wird, ist die Einführung des Geburtsortsprinzips (jus soli) sinnvoll. Damit würde die österreichische Staatsbürgerschaft an alle Neugeborenen/Kinder verliehen, die hier geboren werden. Um politische Partizipation zu stärken und breit akzeptierte Lösungswege auszuarbeiten und umzusetzen, solln kooperative Regierungsformen wie Bürgerräte, Nachbarschafts- und Kinderparlamente eingerichtet werden.

Auch in der Bildung ist eine flächendeckende und systema-

### PIZZICATO

## Linzer Spielzug

Die Early-Bird-Phase für das Klimaticket ist leider schon vorbei, und für die Spieler des Lask war kein Ticket mehr drin. Darum mussten sie am Donnerstag für ihr in Kärnten ausgetragenes Europacup-Heimspiel von Linz nach Klagenfurt fliegen. Irgendwie verständlich, denn reiste man mit der Bahn an, könnten sich die Gegner der Linzer ja deren Spielzug anschauen.

Kritiker monieren, dass es noch die Variante mit dem Mannschaftsbus gegeben hätte. Dabei war der ohnedies von Linz aus unterwegs. Also mit dem Fahrer allein, um die Lask-Spieler vom Klagenfurter Flughafen zum Stadion zu bringen. Auch verständlich: Würde man das Team einem Kärntner Fahrer anvertrauen, würde er die Spieler zum Schluss noch zum Eishockeystadion führen.

So eine weite Strecke wie von Linz nach Klagenfurt würde Ursula von der Leyen auch gern einmal fliegen. Sie ist ja in der Kritik, weil sie von Wien nach Bratislava geflogen ist. Aber was hätte sie tun sollen, wenn es die Straßenbahn von Wien nach Pressburg nicht mehr gibt? Und die Fahrt mit dem Twin City Liner fiel auch ins Wasser, denn dafür gilt das Klimaticket ja wieder nicht.

Der Lask freilich nimmt die Kritik ernst und überlegt, wie man die Öko-Sünde gutmachen kann. Eine Idee: Man setzt zum Ausgleich neue Bäume. Im Klagenfurter Stadion, versteht sich. (aich)

Reaktionen an: [philipp.aichinger@diepresse.com](mailto:philipp.aichinger@diepresse.com)

### LESERPOST

**Leserbriefe bitte an:**  
Die Presse, Hainburger Straße 33,  
A-1030 Wien oder an  
[leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

### Verantwortungslosigkeit über Jahrzehnte

„Bundesheer: Der Sparkurs rächt sich jetzt“ von Martin Fritzl, 3. 11. Zum Brand im Höllental, das Positive zuerst: der hervorragende persönliche Einsatz von Freiwilliger Feuerwehr, Bundesheer, Polizei, Bergrettung. Das Negative: die Verantwortungslosigkeit seit Jahrzehnten jener Politiker und Abgeordneten, die verabsäumt haben, ausreichende und rechtzeitige Beschaffung sowie Updates der Hubschrauberflotte trotz jahrelanger Forderungen seitens der Bundesheerexperten zu beschließen. Diese Verantwortungslosigkeit gehörte vor einen U-Ausschuss, es gilt keine Unschuldsumutung. **Roland Vogel**, Klosterneuburg

### Tests müssen kosten

„Eine Stufe jagt die nächste“, von Philipp Aichinger, 3. 11. Nachdem die Coronazahlen wieder so exorbitant steigen, ist es mir ein Rätsel, warum die Bevölkerung noch immer die Kosten für die Testungen uneinsichtiger Impfverweigerer zahlen muss! Wenn jeder Test 20 € kostet, von medizinischen Erfordernissen abgesehen, nehme ich jede Wette, dass die Impfquote massiv steigen wird! **Josef Fischer**, 1210 Wien

### Realistischer Zugang wird unumgänglich sein

„Übertriebener Aktivismus hilft dem Klima nicht“, „Urschitz meint“, 3. 11. Ihre kluge Einschätzung tut deswegen besonders wohl, weil sie in dieser Form in der heimischen Medienlandschaft meiner Wahrnehmung nach kaum sichtbar wird und in Zeiten des so – teilweise hysterisch – bezeichneten „Klimanotstands“ untergeht. Ich

kann Ihre Ausführungen nur vollinhaltlich teilen. Die (völlig unbestrittene) Klimaveränderung und damit einhergehende globale Maßnahmen ohne die Großmacht China zu diskutieren, ist geradezu lachhaft, wenn man bedenkt, wo die weltweit größten CO<sub>2</sub>-Emissionen beheimatet sind. Die momentan stattfindenden Gespräche in Glasgow bringen daher außer bestenfalls Lippenbekenntnissen nichts hervor und sind an Sinnlosigkeit in Wahrheit nicht zu überbieten. Vermutlich resultieren daraus in weiterer Folge aber neue symbolische Maßnahmen zur Selbstkasteiung des Westens.

Es ist vor allem völlig richtig, dass es – wie von Ihnen ausgeführt – mit dem momentanen Kurs zur heimischen Standortgefährdung (!) kommt und ein Zugang, der auch an die Realitäten angepasst ist, in puncto CO<sub>2</sub>-Reduktion unumgänglich sein wird. Ich gehe davon aus, dass viele Menschen diesen vor allem in Europa gepflegten politischen Klimaaktivismus als reinen Populismus erkennen, ►

tische gendersensible Pädagogik bereits ab dem Kindergarten maßgeblich, um problematische Ausprägungen von Männlichkeit zu bekämpfen und positive und gewaltlose Männlichkeiten zu schaffen. In Schulen kann Bewusstsein über Gewalt im Netz gebildet werden und Friedensbildung systematisch verankert werden.

► **Arbeit und Einkommen:** Arbeit sollte in erster Linie an den Bedürfnissen der Gesellschaft, also aller Menschen, und nicht an jenen des Markts ausgerichtet sein. Neben der materiellen Vergütung trägt vor allem die Erwerbsarbeit zum individuellen Wohlergehen bei. Dabei ist die Inklusion von Menschen mit chronischer Erkrankung und Behinderung durch fördernde Rehabilitationsmaßnahmen und Schaffung inklusiver Arbeitsplätze ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung echter Vollbeschäftigung.

In diesem Zusammenhang ist es essenziell, auf das ungleiche Verhältnis von bezahlter zu unbezahlter Arbeit in Österreich (vor allem nach Geschlecht, aber auch altersbedingt) hinzuweisen. Frauen leisten nach wie vor den größten Teil der unbezahlten Care-Arbeit – auch kinderbezogene Betreuung. Eine Einführung von unübertragbaren Karenzzeiten für beide Elternteile bildet eine Grundlage für die gerechte Verteilung. Eine Umverteilung der Erwerbs- wie auch der Sorgearbeit kann zu größerer Gerechtigkeit, auch zwischen den Geschlechtern (SDG 5), führen.

► **Soziale Sicherung und soziale Infrastruktur:** Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für menschliches Wohlergehen ist Bildung. Angemessene Angebote und der freie Zugang zu Bildung sind generationenübergreifend entscheidend, um im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung und Transformation handlungsfähig zu werden. Die Abkehr von der frühen Differenzierung im Schulsystem und ein gemeinsamer Unterricht mit ganztägiger Betreuung aller Kinder und Jugendlichen bis 14 Jahre tragen zur Verringerung der vererbten Bildung bei und gewährleisten soziale Mobilität und Inklusion.

► **Gesundheit:** Das nachhaltige Entwicklungsziel 3 (SDG 3) lautet: „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.“ Ein vorwiegend auf die Reparatur von Krankheit fokussierendes Gesundheitssystem ist nicht nachhaltig. Zentral bei der Gesundheitsvorsorge ist der Fokus auf gesundheitsfördernde Verhältnisse, nicht auf das Verhalten Einzelner. Zur Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung sollten Gesundheitsauswirkungen bei allen Entscheidungen systematisch und systemisch berücksichtigt werden.

Obdach und Wohnraum sind ein fundamentales menschliches Grundbedürfnis. Immobilien werden zunehmend als profitable Anlagemöglichkeiten genutzt und stehen nicht mehr primär zur gesellschaftlichen Versorgung von Wohnraum zur Verfügung. Durch Preissteigerungen wird immer mehr Menschen der Zugang zu angemessenem und bezahlbarem Wohnraum verwehrt. Die daraus resultierende Wohnungslosigkeit ist eine fundamentale Barriere für gesellschaftliche Teilhabe und führt zu gesundheitlichen Belastungen und verringerter Lebenserwartung.

**Gutes Leben kann gelingen**  
All diese Lösungswege erfordern klare Rahmenbedingungen seitens der Politik. Zudem braucht es auch mehr Investitionen in die Forschung. Unabdingbar ist hier die Zeitverwendungsstudie, die in Österreich weiterhin auf sich warten lässt. Mit dieser würde sich ein besseres Bild über die ungleiche Aufteilung zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit ergeben. Ein gutes Leben für alle in Österreich wird aber nur dann gelingen, wenn systemische Hebel in Gang gesetzt werden und auf allen Ebenen – kollektiv wie auch individuell – daran gemeinsam gearbeitet wird.

**Dieser Text ist Teil einer Artikelreihe,** die das UniNetZ bis Jahresende in der „Presse“ jeden Freitag publiziert. Die Allianz Nachhaltiger Universitäten in Österreich hat 2019 ein gemeinsames Projekt unter dem Titel „UniNetZ – Universitäten und Nachhaltige Entwicklungsziele“ entwickelt.

Mehr zum Projekt: [www.uninetz.com](http://www.uninetz.com)

## QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



# Ohne Festung Europa kann es auf Dauer keinen Sozialstaat geben

Warum es ein Fehler der EU ist, Polen und anderen Migrationsfrontstaaten nicht bei der Befestigung der Außengrenze zu helfen.

Bei ihrem jüngsten Abschiedsbesuch in Athen nach 16 Jahren deutscher Kanzlerschaft hat Angela Merkel bewiesen, dass ihr auch leicht zynisch angehauchte Ironie nicht fremd ist. „Wir haben so viel illegale Migration, dass wir kaum dazukommen, auch diejenigen aufzunehmen, die am allermeisten unsere Hilfe brauchen“, gab sie in Griechenland allen Ernstes zu Protokoll.

Selbst abgebrühten Beobachtern des politischen Treibens bleibt da die Spucke weg. Denn: Dass ausgerechnet jene Politikerin, die ab 2015 mehr Verantwortung als alle anderen Staatschefs zusammen für die Welle an irregulärer Zuwanderung in die EU auf sich geladen hat; dass ausgerechnet sie, die wie keine andere die unselige und unvernünftige „Willkommenskultur“ angefacht hat; die dadurch auch Mitschuld an migrantischer Gewalt in Deutschland wie in ganz Europa tragen muss – dass ausgerechnet sie sich nun ohne jedes Schamgefühl hinstellt und „so viel illegale Migration“ beklagt, das hat was. So viel Kaltschnauzigkeit ist auf offener Bühne selten zu besichtigen. Dagegen sind die Chatverläufe hiesiger Westentaschen-Machiavellis vergleichsweise Kinderkram.

Wenn ausgerechnet Merkel zu viel illegale Migration beklagt, dann erinnert mich das stark an den legendären Polizisten Captain Renault in dem Film „Casablanca“, der jenes Casino stürmen lässt, in dem unter seinem Schutz und gegen jedes Gesetz geockt wird, und laut ausruft: „Was muss ich hier sehen, illegales Glücksspiel, ich bin entsetzt!“

Leider hat Merkel in der Sache selbst recht. Nicht zuletzt dank ihrer jahrelangen vom Streben nach dem Titel des Moralweltmeisters getriebenen Politik, den Schutz der EU-Außengrenzen schwerpunktmäßig zwar verbal, weniger hingegen on the ground zu führen, hat Europa heute tatsächlich viel zu viel illegale Migration – und, ähnlich wie im Fall einer ganz anderen Plage, der Inflation, auch noch die Aussicht auf viel mehr davon.

Und das nicht zuletzt deswegen, weil weder Merkel noch die von ihr als EU-Präsidentin in Brüssel installierte Ursula

von der Leyen willens sind, endlich „Deutsche Angst“ durch „Deutschen Mut“ zu ersetzen und spät, aber doch die Außengrenzen der EU robust zu schützen, wie das Polen – auf nationaler Ebene – gerade beginnt, indem es einen Hunderte Kilometer langen Zaun an der Grenze zu Weißrussland errichtet. Allein im September sind von dort 3000 Illegale in die EU gelangt, die meisten davon mit Ziel Deutschland; das bekanntlich aus geografischen Gründen für Migranten aus dem Nahen Osten die nächste Adresse ist.

Doch die EU weigert sich beharrlich, zumindest einen Teil der Kosten zu übernehmen; ohne Angabe von Gründen ließ

von der Leyen wissen, sie denke nicht daran, sich an der Finanzierung einer Mauer zu beteiligen. Vermutlich fürchtet sie jene „schrecklichen Bilder“, die zwangsläufig entstehen müssen, wenn ein Land den „Schutz der Außengrenze“ in die Realität umsetzt.

Ich bin leider überzeugt davon, dass es ein schwerer strategischer Fehler der EU

ist, die Mitgliedstaaten so wie Polen beim robusten – sprich: wirksamen – Schutz der Außengrenze alleinzulassen, als wäre das etwas Anrühiges. Und gleichzeitig auch noch permanent den Mitgliedstaaten das Recht abzuspochen, selbst darüber zu entscheiden, ob sie Migranten aus der islamischen Welt haben wollen oder nicht – das wird auf Dauer den Anspruch der Union, eine „ever closer Union“ herbeizuführen, weitgehend delegitimieren.

Es ist aber auch in der Sache ein schwerer Fehler: Denn ohne „Festung Europa“, man soll das Kind beim Namen nennen, werden weder der europäische Sozialstaat noch die Reste des grenzenlosen Schengen-Raums haltbar sein. Gerade wem daran gelegen ist, dies bewahren zu können, dem muss die Festung Europa ein Anliegen sein – und damit auch, alle dabei zu unterstützen, die sich nicht zu gut sind, dafür beherzt mit beiden Händen ins Klo zu greifen wie eben Polen.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

**Zum Autor:**

Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

**Morgen in „Quergeschrieben“:**  
Anneliese Rohrer

## DIE AUTOREN

**Meike Bukowski** ist Ökologische Ökonomin und arbeitet an der Universität Salzburg und im UniNetZ am SDG 1 („Keine Armut“).

**Friedrich Hinterberger** arbeitet als Volkswirt an der Universität für angewandte Kunst und im UniNetZ am SDG 8 („Menschenwürdige Arbeit“). Er ist Vizepräsident und Generalsekretär des Austrian Chapter des Club of Rome und engagiert sich als Scientist 4 Future.

**Maciej Palucki** ist Betriebswirt und ehemaliger Redakteur der „Presse“. Er arbeitet an der TU Wien und im UniNetZ am SDG 5 („Gleichstellung der Geschlechter“).

**Ulrike Payerhofer** ist Kunsthistorikerin und Kuratorin an der Universität für angewandte Kunst und leitet im UniNetZ eine transdisziplinäre Arbeitsgruppe an der Schnittstelle Kunst/Wissenschaft/Gesellschaft.

und hoffe zukünftig auf verstärkte, Ihrem heutigen Kommentar nachgebildete Berichterstattung.

P.S.: Ich bin gespannt, ob ein durch die zu schnelle Fortentwicklung hervorgerufener und wohl bevorstehender Blackout die Diskussion um den Klimawandel, die im Kern sicher berechtigt ist, in vernünftige Bahnen fördern wird.  
**Mag. Christian Strasser**, 1080 Wien

## Keine Zeit mehr für kleine Schritchen

Urschitz argumentiert, China kümmere sich nur um seine Industrieproduktivität, nicht um Klimaschutz. Ohne China als einen der ganz großen Klimasünder sei globaler Klimaschutz nicht möglich, unsere Klimaschutzmaßnahmen daher mehr oder weniger sinnlos. Er schlägt vor, pragmatischer vorzugehen, das dekadente Europa ruiniere sich sonst nur mit seinem „übertriebenen Aktivismus“. Das vom Autor angeprangerte „pragmatische“ China also als Vorbild nehmen – welch

bizarre Argumentation.

Es ist keine Zeit mehr für Urschitz' kleine Schritchen. Die Wissenschaft ist deutlich: Unsere einzige Chance, das Schlimmste noch abzuwehren, sind die ganz großen Schritte. Wir tragen Verantwortung für die Zukunft unserer Welt, die Zukunft unserer Kinder und Enkel, wir müssen handeln, jetzt sofort!  
**Dr. Tilman Voss**, Grandparents For Future, 2352 Gumpoldskirchen

## Selbstmord kann die Kirche nicht gutheißen

„Abgeschmiegelt durch die Realität...“, LB von Erich Wallner, 2. 11. Die Behauptung, dass Katholiken „wochenlang bewusstlos an Schläuchen hängen möchten“, entbehrt jeder Grundlage. Bereits im Jahr 1999 haben die christlichen Kirchen eine Patientenverfügung herausgegeben, um genau das zu vermeiden. Ja, die christlichen Kirchen empfehlen die Patientenverfügung. Jeder Christ kann mit bestem Gewissen lebensverlängernde Behandlungen ver-

weigern. Sinnvollerweise muss diese Verfügung im Besitz der vollen geistigen Kräfte erstellt werden. Bei der aktiven Sterbehilfe geht es aber um die Unterstützung beim Selbstmord. Kann man das tatsächlich verwechseln? Selbstmord kann die Kirche klarerweise nicht gutheißen.

Hinter der im Leserbrief verwendeten Formulierung „Hardcore-Katholiken“ steckt leider ein unsachlicher und in diesem Zusammenhang unmotivierter Angriff auf die katholische Kirche. Devise: „Einfach hinhalten!“  
**Josef Wagner**, 3011 Purkersdorf

## Eine Parodie?

„Selbstdemontage der Polit-Idole“, GK von Paul Sailer-Wlasits, 3. 11. Der Gastkommentar von Paul Sailer-Wlasits, in welchem er kühne Parallelen zwischen Donald Trump und Sebastian Kurz zieht, lässt einen etwas ratlos zurück.

Soll hier – zur Abwechslung einmal aus sprachphilosophischer Sicht – eine Variation über das

Thema „Kurz-Bashing“ gespielt werden? Oder strebt der Autor vielleicht ganz anderes an: eine Parodie auf „in hohem Bogen über das Volk hinweg“ (Rilke-Zitat bei Sailer-Wlasits) agierende, bildungsprotzende, ideologisch voreingenommene Intellektuelle?  
**Dr. Oskar Mayer**, 1120 Wien

## Die EU geht wahrlich unter die Haut

„EU-Streit um die Farbe auf der Haut“ von Anna Gabriel, 4. 11. „Die Presse“ berichtet über eine EU-Chemikalienverordnung, die neue Richtwerte für Tattoofarben festsetzt. Die EU geht wahrlich unter die Haut; sie mischt sich in alles und jedes ein. Aber haben die Gesundheitskompetenz nicht die Mitgliedstaaten? Subsidiarität sieht anders aus! Weiters wird berichtet, dass alle „Club-Med-Staaten“ eine Schuldenquote von über 100 % des BIPs haben (von Frankreich mit 115 bis Griechenland mit 206 %), die Nord-Staaten liegen unter dem Durchschnitt von 90 %.

Und so müssen die Stabilitätskriterien aufgeweicht werden. Uferlose Nord-Süd-Transfers sind damit unausweichlich! Und die selbst gekrönte EU-Klima-Königin von der Leyen (in Glasgow: „Es ist unsere Pflicht, jetzt zu handeln“) musste im Juni die 60 km von Wien nach Bratislava mittels Privatjets überbrücken. Der Heuchelei sind keine Grenzen gesetzt! Fazit: die EU, das Sittenbild eines hypertrophen Bürokratiegebildes!  
**Dr. Thomas Opferkuch**, 1090 Wien

## IMPRESSUM: DEBATTE

**Leitung:** Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.  
**Twitter:** @media\_wall  
**Online:** Stefanie Kompatscher  
**E-Mail:** [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)  
**Redaktion Leserbriefe:** Henriette Adrigan, Ursula Mayer  
**E-Mail:** [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)  
**Debatte Online:** [diepresse.com/meinung](http://diepresse.com/meinung)  
**Debattenbeiträge** müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.  
**Leserbriefe:** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.